

Der BVMW und der BVDW plädieren für eine Einigung über die Regulierung von Foundation und Large Language Models vor der Europawahl  $\mid$  Credit

## Einigung im Al-Act: Mittelstand fordert Planungssicherheit für Investitionen in Künstliche Intelligenz

04. Oktober 2023

Der Mittelstand. BVMW und der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) setzen sich nachdrücklich für eine Einigung im Trilog über die Regulierung von Foundation und Large Language Models ein. Dabei sei es wichtig, die Verantwortung nicht einseitig auf die nachgeordneten Unternehmen in der Wertschöpfungskette abzuwälzen. Ihre einseitige

Belastung würde viele Unternehmen aus der mittelständisch geprägten Digitalwirtschaft überfordern.

Angesichts der Europawahl 2024 ist eine rasche Einigung in den Trilog-Verhandlungen von enormer Bedeutung. Investitionen in KI dürfen nicht durch fehlende Planungssicherheit gefährdet werden. Ein Scheitern würde große Unsicherheit erzeugen und die Entwicklung und Anwendung von KI für viele KMU unattraktiv machen. Es ist unerlässlich, eine Regulierung zu finden, die Innovationen für KMU unbürokratisch ermöglicht und gleichzeitig den Schutz von Grundrechten gewährleistet. BVMW und BVDW plädieren daher für eine Einigung vor der Europawahl und eine anschließende Evaluierung, um den dynamischen Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz gerecht zu werden.

Christoph Ahlhaus, Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung des BVMW, betont: "Wenn wir in Europa auch in Zukunft innovativ sein wollen, ist Innovationsfreundlichkeit unerlässlich. Der AI-Act sollte auf Planungssicherheit setzen, um Unternehmen nicht jahrelang in Unsicherheit darüber zu lassen, wie der Umgang mit KI geregelt wird. Andernfalls droht dies viele Unternehmen von nachhaltigen Investitionen in KI abzuschrecken."

Dirk Freytag, BVDW-Präsident, unterstreicht: "Europa kann mit dem AI-Act eine globale Blaupause bei der Regulierung der KI-Nutzung liefern. Damit daraus auch ein unternehmerischer Vorteil für Europa und Deutschland entsteht, müssen wir KI in die Breite der Wirtschaft bekommen. Dazu sind die Pflichten auf die gesamte Wertschöpfungskette gerecht zu verteilen." (red)